

Zeitschrift:	Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber:	Auslandschweizer-Organisation
Band:	12 (1985)
Heft:	4
Artikel:	Zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 16. März 1986 : was bringt ein UNO-Beitritt?
Autor:	Bütler, Hugo A.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-910885

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was bringt ein UNO-Beitritt?

Die Kontroverse über den UNO-Beitritt der Schweiz ist bereits heftig im Gange. – Dr. Hugo A. Bütler, Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», setzt einige Schwerpunkte. – Im weiteren nehmen Prominente für und gegen den Beitritt Stellung.

Was steht bei der Frage eines Beitritts der Schweiz zur UNO auf dem Spiel und worum geht es dabei nicht? Erstens ist, um hier mit negativen Aussagen zu beginnen, die Mitgliedschaft der Schweiz in der UNO sicher *keine Frage des existentiellen Überlebens* unseres Landes. Zweitens steht bei der eidgenössischen Abstimmung vom kommenden März keinesfalls die schweizerische Neutralität auf dem Spiel. Weder der Bundesrat noch das Schweizervolk ist bereit oder geneigt, die wichtigste und erprobte Verhaltensrichtlinie bei der Behauptung von Unabhängigkeit und Souveränität unseres Landes, die Maxime der Neutralität, preiszugeben. Drittens geht es bei einem allfälligen UNO-Beitritt *nicht um eine grundsätzliche Änderung der schweizerischen Aussenpolitik*, die – abgesehen von der Neutralität – durch universelle Beziehungen, Bereitschaft zur Leistung Guter Dienste und Solidarität gegenüber der Staatengemeinschaft geprägt ist. Sein oder Nichtsein der Schweiz hängen nicht von unserer Vollmitgliedschaft in der UNO ab. Wer das Gegenteil behauptet, über schätzt die Rolle und den Stellenwert der UNO. Und er unterschätzt gleichzeitig den Selbstbehauptungswillen und die Lebendigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei weitem. *Kein Staat*, der zum Kreis der UNO-Mitglieder gehört – auch kein neutraler Staat wie Österreich oder Schweden –, hat deswegen seine Souveränität oder seine *aussenpolitische Handlungsfreiheit* aufgegeben. Umgekehrt kann ein

Staat wie die Schweiz seine Existenz wohl auch weiterhin behaupten, ohne Vollmitglied der UNO zu sein. Es geht am 16. März 1986 an den Urnen so oder so nicht um einen Überlebensentscheid. Wir haben uns also bei dem Gang zur Urne nicht von unbegründeter Angst um unsere Lebensmöglichkeiten oder um die politische Identität als Willensnation eidgenössischer Prägung leiten zu lassen. Es geht mehr um eine *Frage aussenpolitischer Klugheit* und um die *Wahrnehmung eigener Chancen* in einer Welt von Staaten, die inzwischen fast aus lauter UNO-Mitgliedern besteht. Die Schweiz wirkt schon lange in den meisten Sonderorganisatio-

nen aus der bisherigen Haltung und den dabei gemachten Erfahrungen. Die bisherige Haltung könnte man als Mitmachen ohne Rechte einer Vollmitgliedschaft umschreiben. Und die Erfahrungen zeigen, dass das weitere *Abseitsstehen* von den Hauptorganen *Nachteile* hat, die nachgerade



Pro:
Alt Bundesrat
Rudolf Friedrich,
FDP, Dr. iur. und
Rechtsanwalt,
Winterthur.

Gerade neutrale Staaten haben in der UNO eine wichtige Funktion. Sie wirken zwischen den Fronten, als Vermittler, in heiklen Kommissionen. Ein UNO-Beitritt schadet der Neutralität nicht, sondern wertet sie im Gegenteil auf.

deutlich grösser sind als die Vorteile des Fernbleibens. Es bewährte sich das Sprichwort, wonach Abwesende ins Unrecht versetzt werden.



Contra:
Alt Nationalrat Dr.
Otto Fischer,
FDP, alt Direktor
des Schweizerischen Gewerbe-
verbandes, Bern.

Die UNO ist eine Plattform der internationalen Demagogie gegen den Westen und ein Zentrum der sowjetischen Spionage. Eine Mitgliedschaft ist mit unserer Neutralität unvereinbar. Sie würde unsere Unabhängigkeit und unseren Föderalismus gefährden.

nen der UNO aktiv mit und zahlt dort ihre Beiträge wie andere Mitglieder. Wenn Bundesrat und Parlament nun auch den *Beitritt* zur Generalversammlung und anderen *politischen Kernorganen* der Vereinten Nationen vorschlagen, so ziehen sie bloss die Konse-

Neutralität und UNO-Charta

Wenn der Stimmbürger diese Vorteile und Nachteile eines Beitritts näher abwägt, stellt er zunächst mit Recht die Frage, ob die Schweiz ihre *Neutralität und die dazugehörige Politik* auch als UNO-Mitglied *ohne Abstriche weiterführen* könne. Befürworter und Gegner des Beitritts sind sich ausnahmslos darin einig, dass ein Beitritt überhaupt nur unter Beibehaltung der dauernden und bewaffneten Neutralität in Frage kommt. Die Auseinandersetzung zwischen ihnen dreht sich nicht um diese Grundüberzeugung, sondern um die Frage, ob sich die *Verpflichtungen der UNO-Charta* mit der seit langem geübten Neutralität schweizerischer Art theoretisch und praktisch vertragen. Was lässt sich dazu sagen?

Erstens bleibt die Schweiz auch

als Vollmitglied souverän; die UNO ist keine Weltregierung, sondern ein Ort der Begegnung und des Dialogs, wo Konflikte sich spiegeln. Ob und wie sie gelöst werden, bleibt aber immer in der Hand der souveränen Einzelstaaten. Zweitens lässt die UNO-Charta die Anbringung eines formellen Neutralitätsvorbehaltes nicht zu. Drittens ist es für die Schweiz in keiner Weise erstrebenswert, eine ausdrückliche Anerkennung der Neutralität durch die UNO-Organe zu bekommen, wie das ein Teil der Beitrittsgegner verlangt. Es wäre nämlich abwegig, der Staatenorganisation durch Forderung nach offizieller Anerkennung der Neutralität ein Recht zur Auslegung derselben in die Hand zu spielen. Deshalb ist eine einseitige *Neutralitätserklärung* durch die Landesregierung im Moment des Beitritts der *politisch richtige Weg*. Konflikte könnten sich theoretisch für den Neutralen ergeben, wenn die in der UNO-Charta vorgesehenen *kollektiven Zwangsmassnahmen*



Contra:
Alt Ständerat
Louis Guisan, lib.,
alt Präsident der
ASK, Lausanne.

Die Schweiz hat viel zu verlieren, ihre totale Unabhängigkeit, die ihr das Vertrauen aller verschafft und nichts zu gewinnen, weil sie weder die Waffen- noch die Regege- walt besitzt, die als einzige an der Generalversammlung gehört werden.

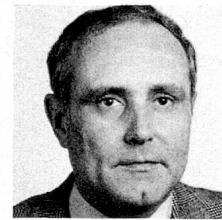
massnahmen gegen einen Staat zur Anwendung kämen, dem eine Verletzung der Friedenspflicht vorgeworfen wird. In der Praxis haben sich Zwangsmassnahmen, besonders solche militärischer Art, weitgehend als unrealistisch und undurchführbar erwiesen.

Doch könnten wir als *Neutraler*, sollten sie dennoch einmal beschlossen werden, *nicht zur Mithwirkung gezwungen* werden. Denn die Beteiligung eines Staates an militärischen Kollektivmassnahmen setzt ein Sonderabkommen (gemäß Art.43 der Charta) mit dem Sicherheitsrat voraus. Ein solches Abkommen unterliegt der Ratifikation gemäß nationalem Verfassungsrecht des Unterzeichners. Die Schweiz behielte also freie Hand. Genauso wäre sie als UNO-Mitglied frei, «Blauhelme» zu stellen oder nicht. Vor etwas heikleren Fragen steht die Schweiz bei *Zwangsmassnahmen nichtmilitärischer Art*, weil der Sicherheitsrat sie mit *unmittelbarer Wirkung* für die Mitgliedstaaten, also ohne vorherige Sonderabkommen, anordnen kann. Insbesondere wenn sich Sanktionen gegen einen Staat richten, der sich im Krieg befindet, ist ein Mithmachen mit dem Neutralitätsrecht nicht vereinbar. Einen solchen Fall hat es in der vierzigjährigen Geschichte der UNO bisher nicht gegeben – weder bei den Sanktionen gegen Rhodesien (1966) noch beim Waffenembargo gegen Südafrika (1977), hatte man es mit kriegsführenden Staaten zu tun.

Dennoch stellt sich die Frage, wie der Bundesrat, der für die Führung der Aussenpolitik verantwortlich ist, sich in solchen Fällen verhalten würde. Die angemessene Antwort hat er praktisch bereits mit seiner Politik gegenüber Rhodesien während der Sanktionszeit vorgezeichnet. Im Interesse der *Glaubwürdigkeit unserer Neutralität* verhinderte der Bundesrat damals, in dem Konflikt *Partei* für die eine oder die andere Seite zu *ergreifen*. Er beschränkte den Handel mit Rhodesien auf das Volumen des Vorjahres – auf den «Courant normal». Er benachteiligte so weder Rhodesien, noch ließ er es zu, dass unser Land für Geschäfte zur Umgehung der

Sanktionen missbraucht werden konnte.

Mit anderen Worten: Die Schweiz sähe sich als Mitglied der UNO vor die gleichen oder doch vor *ähnliche neutralitätspolitische Probleme* gestellt wie schon bisher als *Nichtmitglied*. Dies gilt auch für das Abstimmungsverhalten in den Hauptorganen der UNO. Die Schweiz hat schon heute in den Sonderorganen der Weltorganisation (z.B. Unesco), in der Konferenz für Sicherheit und Zusam-



Pro:
Nationalrat
Flavio Cotti, CVP,
Rechtsanwalt und
Notar, Locarno.

Wir können unsere Politik der bewaffneten Neutralität glaubwürdiger und verständlicher zur Geltung bringen. Auch strategisch-wirtschaftliche Gründe sprechen dafür; es wird für uns leichter sein, unsere weltweiten Beziehungen zu pflegen und zu wahren.

menarbeit in Europa (KSZE) oder bei Sanktionen der Europäischen Gemeinschaft aus eigener Souveränität einen neutralitätspolitisch verantwortbaren Mittelkurs zu wählen. Dies bliebe Pflicht und Aufgabe unserer Behörden, auch wenn wir der UNO voll beitreten.

Warum beitreten?

Warum aber empfiehlt sich ein Beitritt? Kurz gesagt, weil die Schweiz als neutrales Land mit weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen und mit universellen politischen Beziehungen ihren *Standpunkt*, ihre politischen Anliegen, ihre ökonomischen Interessen überall aktiv wahrnehmen und auch in das Gesprächsforum UNO einbringen soll. Seit die UNO den Charakter einer Koalition der Sieger im letzten Weltkrieg abge-

Fortsetzung Seite 21

richtengestaltung des Schweizer Radios ausgerechnet im Bereich der Kurzwellensendungen ihren Anfang nehmen, zu einer Zeit, da die neuen Spannungen der Entkolonialisierung und des kalten Krieges das Interesse am Kurzwellendienst wieder neu belebt hatten.



Der englische Radiodienst in Aktion.
(Photos: RSI)

Und in diesem Zusammenhang tauchte auch eine alte Streitfrage wieder neu auf: «Wer soll das bezahlen? Der Bund? Die SRG-Konzessionäre?» Gerd H. Padel, Nachfolger von Paul Borsinger in der Direktion von SRI und Verfas-

ser dieses Artikels, hat sich von Anfang an dafür eingesetzt – zusammen mit Nationalrat Conzett – die Programme über Bundessubventionen zu ermöglichen, ohne aber auf die Unabhängigkeit der Programmgestaltung verzichten zu müssen. Das Parlament genehmigte einen jährlichen Sonderkredit für besondere Aufgaben des Kurzwellendienstes. Ein wichtiger Bestandteil des damit ermöglichten Ausbaus war die Bildung der ersten radioeigenen Nachrichtenredaktion der SRG überhaupt. Mit dieser in 24-Stunden-Betrieb und in englisch arbeitenden Redaktion war somit 1962 der SRG nach Jahren ein entscheidender Durchbruch zur totalen Selbständigkeit gelungen.

Wenn Glaubwürdigkeit das Ziel jeder informationspolitischen Bemühung sein muss, sein soll, dann müssten diese Bestrebungen so ausgerichtet sein, wie sie im Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz umschrieben worden sind. Dieser enthält den Kernsatz: «Um das Vertrauen der Bevölkerung aufrechtzuerhalten... muss unsere Informationspolitik auf Wahrhaftigkeit beruhen. Manipulierte Information, die Rückschläge und negative Entwicklungen ver-

schweigt oder beschönigt, bewirkt auf die Dauer das Gegenteil dessen, was sie erreichen wollte».

Im höchst wettbewerbsintensiven Bereich des internationalen Radios, wo Propaganda die Regel und ungefärbte Information die Ausnahme ist, liegt hier die grösste Chance für die Sendungen eines neutralen Kleinstaates. Sie kann allerdings nur dann wahrgekommen werden, wenn die Belegschaft vorhanden ist, sich in der harten Konkurrenz auch technisch zu behaupten. ●

Fortsetzung von Seite 7

legt hat und zu einer universellen Versammlung der Staaten geworden ist, hat die einstige Mittlerstellung der Schweiz *ausserhalb* der UNO ihren Sinn weitgehend eingebüsst. Wir haben unsere politischen Ansichten und unsere Dienste dort darzustellen und einzubringen, wo die Meinungsbildung stattfindet, wo Rahmenbedingungen für die Beziehungen zwischen den Staaten festgelegt, wo die Weiterbildung des internationalen Rechts heute *de facto* bestimmt werden.

Der UNO beitreten heisst also nicht, vom Sonderfall Schweiz Abschied nehmen. *Es geht nicht darum, unsere Identität und unseren Eigenwillen aufzugeben.* Der Sinn des Beitrags liegt vielmehr darin, den «Sonderfall Schweiz» auf der Weltbühne aktiv zu behaupten, sein Lebensrecht auch unter gewandelten Verhältnissen wahrzunehmen – im wohlverstandenen eigenen Interesse und als verlässlicher Partner in der Völkergemeinschaft. Auf dem Spiel steht nicht die Unabhängigkeit, nicht der Föderalismus, nicht die Souveränität der Schweiz: auf dem Spiel steht die Frage, wie wir unsere eigenen schweizerischen Werte und Interessen in der Welt am klügsten und wirksamsten behaupten. ●

An alle Schweizer im Ausland

Zu Beginn dieses Jahres hat SRI einige Neuerungen auf dem Gebiet der Struktur und bei den Sendungen beschlossen: Mehr Gewicht bei der Information, günstigere Sendezeiten für Übersee, Einführung eines Spezialprogrammes für Europa mit Wiederholung von Sendungen unserer nationalen Radiostationen.

Denn SRI möchte deshalb die Meinung der Auslandschweizer zu den Programmen, zu den Sendezeiten und zur Qualität der Frequenzen, vernehmen. Sie möchte den Auslandschweizern jedoch auch bekanntgeben, dass sie ihre Programme sogar über Stationen in den verschiedenen Gastländern vernehmen können. SRI vermittelt nämlich Radiostationen im Ausland, welche regelmässig schweizerische Programme aussenden, direkt von der Schweiz Transkriptionen. Jeden Monat erhalten die interessierten Sender kulturelle oder musikalische Programme, die auf Kassetten aufgenommen wurden.

SRI möchte sich jedoch nicht auf das beschränken. Es gibt sicher noch weitere Radiostationen, die schweizerische Programme vermitteln oder Sendungen produzieren, die den Einwanderern gewidmet sind, jedoch das Bestehen dieser neuen Dienstleistung nicht kennen. Es wäre auch möglich, dass diese neue Dienstleistung Auslandschweizer dazu ermuntert, eigene Programme aufzustellen, die anschliessend über lokale Sender ausgestrahlt werden können.

SRI ruft deshalb alle Auslandschweizer auf und bittet sie, ihr Sender zu melden, welche hier von Interesse sein könnten. Schreiben Sie an:

Schweizer Radio International, CH-3000 Bern 15